

# Thomas Borer und der Neffe des russischen Präsidenten

**Affäre** Der Schweizer Lobbyist ist angeblich mit Roman Putin verbandelt, einem Verwandten Wladimir Putins

VON LORENZ HONEGGER

Ex-Botschafter Thomas Borer steht wieder einmal im Zentrum eines Skandals. Dieses Mal geht es jedoch nicht um sein Privatleben, sondern um seine Aktivitäten als Lobbyist für den kasachischen Staat. Für ein Honorar von 30 000 Dollar monatlich soll der 57-Jährige im Auftrag des autokratisch regierten Landes Druck auf die Schweizer Bundesbehörden ausgeübt haben.

Verbürgt ist, dass er sich für die Auslieferung des in Genf lebenden Regimegegners Viktor Chrapunow an Kasachstan einsetzte. Daneben kämpfte er offenbar bis 2013 für die Einstellung eines Verfahrens gegen den Schwiegersohn des kasachischen Staatschefs. Laut der «Neuen Zürcher Zeitung» bot Borer der ehemaligen Sowjetrepublik dabei möglicherweise sogar Zugang zu vertraulichen Informationen aus der Bundesanwaltschaft an.

Als Reaktion auf die Recherchen der NZZ hat Bundesanwalt Michael Lauber Abklärungen wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet.

Borer bemüht sich derzeit um Schadenbegrenzung: Er kündigte an, Kasachstan gebe im Fall Chrapunow das Ziel einer Auslieferung auf. Die Kritik an seiner Lobbying-Tätigkeit «im Sold einer fremden Macht» (NZZ) dürfte aber nicht abebben.

## Faible für Ostblock-Klienten

Der Fall Kasachstan zeigt zum wiederholten Mal: Borer hat ein Faible für hochkarätige, nicht immer über alle Zweifel erhabene Klienten aus dem Ostblock. Bekannt ist etwa sein früheres Mandat für den russischen Oligarchen Viktor Vekselberg.

Sein Machtnetz reicht aber noch weiter. Von der Schweizer Öffentlichkeit bislang unbemerkt, kündigte im letzten Frühling ein gewisser Roman Putin in



Roman Putin

12. März 2014 ·

Сегодня стартовал мой новый проект для работы с инвесторами в России.  
Первым сайт оценил Thomas Borer, экс-посол Швейцарии в Германии и известный в Европе лоббист.  
Томасу понравилось:)

Im März 2014 kündigte Roman Putin auf seiner Facebook-Seite (siehe oben) die Gründung eines neuen Beratungsunternehmens an. Internationale Medien berichteten breit darüber. Die Übersetzung: «Heute startete mein Projekt zur Zusammenarbeit mit Investoren in Russland. Die erste Website beurteilte Thomas Borer, ehemaliger Schweizer Botschafter in Deutschland und bekannter Lobbyist in Europa. Thomas hat sie gefallen. Den ersten Vertrag werden wir mit ihm unterzeichnen.»

einer Medienmitteilung und auf seiner persönlichen Facebook-Seite an, er habe das Beratungsunternehmen Putin Consulting Ltd. gegründet. Die Firma biete Investoren Unterstützung beim Eintritt in den russischen Markt und verfüge über «starke Beziehungen» zur Führung des Landes. Sein erster Kunde sei ehemaliger Schweizer Botschafter in Deutschland und ein europaweit bekannter Lobbyist: Thomas Borer.

Das alles wäre nicht der Rede wert, würde Roman Putin seinen Nachnamen nur zufällig mit dem russischen

Präsidenten teilen: Laut namhaften angelsächsischen und russischen Medien ist er der Sohn von Wladimir Putins Cousin Igor und damit ein Neffe zweiten Grades des Staatschefs.

Die Meldung von der Gründung der Putin Consulting Ltd. ging um die Welt. Die Moskauer-Korrespondenten von «Guardian» und «Telegraph» berichteten genauso wie die «Washington Post» und die russische Online-Plattform «Gazeta.ru». Borer's Name fiel dabei mehrmals. In der Schweiz blieb die Nachricht jedoch unbemerkt.

Thomas Borer passte die mediale Aufmerksamkeit offenbar nicht. Die Website der englischsprachigen Zeitung «Moscow-Times» veröffentlichte kurz nach Erscheinen ihres Artikels eine Korrekturmeldung, wonach Borer bestreite, dass er ein Kunde von Roman Putin sei.

## Borer's Name missbraucht?

Auf Anfrage der «Nordwestschweiz» sagt Borer, ihm sei die Firma Putin Consulting Ltd. nicht bekannt. Es komme aber immer wieder vor, dass sein

Unternehmen mit anderen Firmen in Verbindung gebracht werde, ohne dass er davon wisse. «Wir sind in einigen Ländern bekannt und man hofft offensichtlich, mit unserem Namen Werbung machen zu können. Wir gehen jeweils dagegen vor. Die Korrektur in der «Moscow Times» stammt von einem meiner Mitarbeiter», so Borer.

Geschäftsmann und Staatschef-Neffe Roman Putin liess eine telefonische Anfrage der «Nordwestschweiz» an der Londoner Adresse seiner Firma unbeantwortet.

## CVP-Chef Darbellay verzeiht abtrünnigen Finanzdirektoren

«Ich bin ein bisschen wie der Papst»

VON ANTONIO FUMAGALLI

Sechs Wochen dauert es noch, bis sich das Schweizer Stimmvolk zur CVP-Initiative «Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» äussern wird. Als wollte er den Abstimmungskampf akustisch einläuten, redete sich Parteipräsident Christophe Darbellay an der gestrigen Pressekonferenz ins Feuer - und schoss verbale Giftpeile in Richtung FDP und SP, welche die Initiative ablehnen.

Wie bei einer Steuervorlage üblich, ist der grösste Streitpunkt das Geld. Das Argument der Gegner, dass aufgrund der Progression vor allem Wohlhabende von den Steuererleichterungen profitieren würden, stimme keinesfalls, so die CVP. Es gebe nur sehr wenige Familien, die weder Bundes-, noch Kantons- und Gemeindesteuern bezahlen. «Rund 1 Million der 1,15 Millionen Haushalte mit Kindern profitieren direkt», sagte die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Zudem führe eine Steuerbefreiung der Zulagen zu einem tieferen steuerbaren Einkommen, was wiederum den Zugang zu Begünstigungen erleichtern könne.

Die prognostizierten Steuerausfälle bei Bund, Kantonen und Gemeinde von rund einer Milliarde Franken jährlich seien verkraftbar. Schliesslich würde ein Ja zur Initiative die Kaufkraft der Familien ankurbeln, die Einsparungen seien nicht verloren. «Ich kenne keine Familie, die das zusätzliche

Geld im Garten vergraben wird», so Darbellay.

## «Kostet mich Überwindung»

Dass indirekt die Steuererträge unter einem Ja gar nicht leiden würden, daran mag man in den Kantonen nicht glauben. Pikant: Auch zahlreiche CVP-Finanzdirektoren sprechen sich offen gegen die Initiative der eigenen Partei aus. Am prominentesten Peter Hegglin, Präsident der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz - er trat jüngst an der Seite von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf an die Öffentlichkeit.

Auf Anfrage der «Nordwestschweiz» begründen auch andere CVP-Finanzdirektoren ihre Ablehnung. «Die Initiative zielt in die richtige Richtung, kommt aber zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Wir setzen aktuell Sparpakete um», so Regierungsrat Anton Lauber (BL). Sein Kollege Martin Gehrer (SG) sagt: «Als Finanzvorsteher hätte ich, dies gebe ich gerne zu, diese Initiative nicht gebraucht.» Und Rolf Widmer, Regierungsrat in Glarus, kostet es «selbstverständlich Überwindung», gegen die Initiative anzutreten. Als Exekutivpolitiker sei er aber dem Wohl des Kantons verpflichtet, «Partei-politik folgt an zweiter Stelle».

Kriegen die aufmüpfigen Regierungsräte nun einen Rüffel von Parteiboss Darbellay? Dieser winkt ab: «Wir sind keine stalinistische Partei. Ich bin ein bisschen wie der Papst, der nicht immer all seine Jünger unter Kontrolle hat.»

# SVP will das Tessin erobern

**Wahljahr 2015** Die SVP Tessin versucht aus dem Schatten der Lega dei Ticinesi zu treten. Darum hat sie eine Allianz mit zwei kleinen Rechtsparteien gegründet.

VON GERHARD LOB

Heute findet in Locarno die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz statt - als Auftakt für das Wahljahr 2015. Nicht zufällig erfolgt dieser Startschuss im Tessin. Denn bereits im April werden im Südkanton Regierungsrat und Grosser Rat neu bestellt. Da will die Mutterpartei traditionell der Kantonalpartei helfen. Und die Tessiner SVP hat das bitter nötig, denn bis anhin fristete sie ein eher marginales Dasein. Im Grossen Rat stellt sie nur 5 von 90 Grossräten - gemeinsam mit der Eidgenössischen Demokratischen Union EDU erreichte sie bei den Grossratswahlen von 2011 gerade mal 5 Prozent Wähleranteile. Etwas besser sah es bei den Nationalratswahlen von 2011 aus. Da kam die SVP Ticino auf 9,7 Prozent und erstmals zu einem Mandat in der Grossen Kammer.

Die schwache Stellung der SVP im Tessin - im Gegensatz zur Deutschen

Schweiz - hat einen Grund: Lega dei Ticinesi. Die Anfang der 1990er Jahre gegründete, rechtsnationale und antieuropäische Regionalbewegung fischt im gleichen Wählerreich und hat einen grossen Teil der Wähler hinter sich geschart. Inhaltlich gibt es viele Übereinstimmungen und nicht zufällig sind die Lega-Nationalräte in Bern Teil der SVP-Fraktion.

Das Ergebnis bei der SVP-Masseneinwanderungsinitiative, die letztes Jahr im Tessin mit 68,2 Prozent und damit mit dem höchsten Ja-Stimmen-Anteil aller Kantone angenommen wurde, spricht Bände. «Das Tessin ist für uns daher sehr wichtig», sagte SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz gestern in

Rahmen eines Mediengesprächs.

Der Südkanton habe durch sein Abstimmungsverhalten das Zünglein an der Waage gespielt. Tatsächlich haben die Tessiner SVP und die Lega bei Wahlen häufig zusammen-

gespannt. 2011 gelang der Lega dank der Unterstützung durch die SVP das Husarenstück, zwei Staatsräte zu stellen und damit die FDP nach jahrzehntelanger Dominanz als Partei der relativen Mehrheit abzulösen. Dies gelang auch, weil die SVP auf eine eigene Staatsratsliste verzichtet hatte.

Doch nun ist es mit der Harmonie

vorläufig vorbei. Die SVP wird im April mit einer eigenen Liste antreten, in der sie sich mit der EDU sowie neu mit «Area liberale», einer rechten Abspaltung der FDP, verbündet. Die Liste trägt den Namen «La destra» - die Rechte. Und das erklärte Wahlziel ist es, zu einem eigenen Staatsrat zu kommen und acht Grossräte zu stellen. Dabei hofft man auch auf eine schwächelnde Lega, die den Wahlkampf ohne den verstorbenen Parteigründer Giuliano Bignasca und ohne den langjährigen Staatsrat Marco Borradori bestreiten muss.

## Ausgang der Kantonswahlen

Der Grund für den Alleingang: Trotz ähnlicher Ideen wurde die SVP von der Lega zu häufig über den Tisch gezogen. «Wir wollen nicht länger die nützlichen Idioten sein», bringt es Kantonalpräsident Gabriele Pinoja auf den Punkt. So habe sich die Lega beispielsweise in keiner Weise für die kantonale SVP-Volksinitiative «Zuerst die Einheimischen» engagiert. Nun setze man alles daran, bei den Wähleranteilen zuzulegen.

Ob es bei den Nationalratswahlen dann wieder zu einer Listenverbindung kommt, ist noch nicht entschieden. Das hängt auch vom Ausgang der Kantonswahlen ab. «Falls die Lega im April verliert, wird sie uns wohl wieder um Unterstützung bitten», prophezeit Pinoja.